

Mehr als Hass. Die neue Welt der Medien

Fortsetzung von Seite 1

mehr denn je. Das Prinzip „Aufmerksamkeit“ regiert die Medienwelt. Die Aufmerksamkeit der MedienkonsumentInnen wird von MedienmacherInnen gebündelt und an die Werbeindustrie verkauft, so funktioniert das Geschäft.

Verdienen und informieren

Zugleich herrschte in Demokratien die Übereinkunft, dass Medien doppelte Wesen seien, sie dienten nicht nur dem Geschäft, sondern der demokratischen Information. Sie schufen Öffentlichkeit, das heißt, sie boten einem informierten Publikum die Möglichkeit, vernünftig in politischen und gesellschaftlichen Fragen zu entscheiden. Ob und wie sie diese Funktion erfüllten, hing nicht zuletzt von der Entscheidung ihrer VerlegerInnen ab, auf gewisse Geschäfte und Geschäftsfelder zu verzichten, also auf Grausamkeiten, Obszönitäten und dergleichen. Qualitätszeitungen machten weniger massenhaftes Geschäft, aber auch sie konnten leben. Eines war in der Massengesellschaft klar: ohne informative Massenmedien keine Demokratie.

Übrigens hat das Hysterisieren und das Spekulieren mit grellen Effekten oft auch zu Innovationen geführt, die zur gesteigerten Qualität von Zeitungen beitrugen. Der investigative Journalismus entstand ursprünglich, um Sensationen zu produzieren, die sich besser verkaufen ließen. Dass Zeitungsherausgeber auch vor Kriegshetze nicht zurückschreckten, um ihre Auflage zu steigern, ist ein dunkleres Kapitel.

Immer aber war die Welt der Zeitungen und bis zu einem gewissen Maß die der audiovisuellen Medien in ein Selbstgespräch darüber verstrickt, was zulässig und was erlaubt ist und was nicht. Journalismuskritik wurde von Anfang an in gedruckten Zeitschriften geübt; allerdings stellte der fundamentalste Kritiker des Journalismus, Karl Kraus, fest: Der Journalismus habe keine Auswüchse, er sei einer. Ob er den Journalismus damit für unreflexibel erklärte, ist nicht gesagt.

In der heutigen Lage müssen wir guten Journalismus nämlich als Hoff-

nung betrachten. Guter Journalismus, wie ich ihn verstehe, zeichnet sich dadurch aus, dass er imstande ist, sich selbst zu kontrollieren, einzuhegen und zu verbessern. Zu diesem Zweck hat er die Einrichtung der Redaktion, wo das geschieht, und er hat moderierte Möglichkeiten, mit dem Publikum in Dialog zu treten.

Was soll gesagt werden, was nicht?

Natürgemäß ist Journalismus in heutigen Gesellschaften ein Machtfaktor. Wo Macht ist, wird sie missbraucht. So konnte eine Kritik am Journalismus nicht ausbleiben, die ausgerechnet das an ihm kritisiert, was ihn auszeichnet, dass er nämlich Informationen sichtet, zusammenstellt und aufbereitet. Gatekeeper-Funktion nennt man das, und diese Schleusenwärterfunktion wurde das Feindbild der digitalisierten Generation.

Weg mit den Schleusenwärttern, rief sie, wir machen unsere Informationswelt selbst, wir stellen die Berichte selbst zusammen, wir wählen aus, was uns wichtig ist, wir kommentieren schneller, authentischer, kooperativer, nicht profitorientiert und spontaner. Viele dieser Ziele konnte man unterstützen, manche haben erfreuliche Ergebnisse gebracht, Wikipedia zum Beispiel, das Projekt Gutenberg oder viele öffentliche Texte, Bilder, Lexika und Archive, welche die Bildung der Welt allen kostenlos zugänglich machen.

Neue Prinzipien der digitalen Welt

Mit „Öffentlichkeit“ ist die digitale Welt nur unzureichend beschrieben, es ist eine halböffentliche und unöffentliche Welt, die hier neu entsteht. Sie spitzt einige Prinzipien der herkömmlichen Medien zu und geht gleichzeitig daran, diese alten Prinzipien abzuschaffen. Social Media sind die unsocialste Erfindung seit der Erfindung der Schusswaffen, obwohl auch diese so zivilisationsprägend wirkten wie der Buchdruck.

Das Prinzip des Publizistischen wird in ihnen auf drei Arten aufgelöst. Erstens geht es den BetreiberInnen der

Social Media nicht mehr um einen Austausch von Meinungen und Informationen. Die Aufmerksamkeit des Publikums ist das Zentrum, sie interessiert in Form von Daten. Diese Daten werden von den Giganten der Social Media, Facebook, Twitter, Apple, Amazon gebündelt und an die Werbeindustrie verkauft; allen anderen Medien wird damit tendenziell die Existenzgrundlage entzogen.

Zweitens ermitteln Algorithmen die Gewohnheiten und Vorlieben der KundInnen und bieten ihnen auf sie persönlich zugeschnittene Informationen. SportlerInnen bekommen eine Sportwelt an Informationen, AusländerhasserInnen eine Ausländerhasswelt. Die Idee einer sich über sich selbst verständigenden Gesellschaft ist damit ad acta gelegt. Die Idee einer durch individualisierte Informationen gesteuerten Gesellschaft tritt in den Horizont.

Drittens entziehen sich diese Konzerne dem Rechtsstaat. Weder bezahlen sie Steuern, nicht einmal in ihrem Heimatland (Facebook behauptet, es mache sein Hauptgeschäft auf den Cayman Islands, zum minimalsten Steuersatz). Die Justiz kann auf Gesetzesbrecher in diesen medialen Räumen nicht ohne weiteres zugreifen; es bedarf immer der Kooperation der EigentümerInnen. So verhandeln dann Minister und Kanzler mit Mark Zuckerberg, dem Eigentümer von Facebook, um Maßnahmen gegen HassposterInnen zu erwirken.

Man kann von einem medialen Neofeudalismus sprechen: der Rechtsstaat, unfähig, seine Standards durchzusetzen, wird beim Medienmachthaber vorstellig und bittet, dieser möge sie einhalten. Bis sich die Gesellschaft darüber verständigt, wie sie vernünftig mit dem Phänomen der Social Media umgeht, wird noch einige Zeit vergehen. Wir haben Zeit. Es steht ja nur die Demokratie auf dem Spiel.

Armin Thurnher,
Herausgeber und Chefredakteur der Wiener Wochenzeitung Falter

Konfliktregion Naher Osten

Was darf man erwarten? Was hoffen?

In Syrien wird ein Krieg zahlreicher bewaffneter Milizen und ihrer Unterstützerstaaten gegen das Regime und seine Alliierten ausgetragen. Man spricht jetzt schon von der größten humanitären Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Ende ist kaum in Sicht. Einer der schlagkräftigsten dieser Kampfverbände, die dschiha-distische Miliz „Islamischer Staat“, kämpft ebenso im Irak gegen die nationale Armee und verbündete schiitische Milizen. Im Jemen finden etwa drei bewaffnete Konflikte gleichzeitig statt. In Ägypten begräbt General und Präsident Sisi die Hoffnungen auf eine Fortführung der jungen Demokratie Schritt für Schritt und konsolidiert eine neue Diktatur. Und Libyen ist in den Einflussbereich mehrerer Milizen aufgeteilt. Währenddessen gießt die einstige Regionalmacht Türkei durch dubiose außenpolitische und militärische Entscheidungen weiteres Öl ins Feuer.

Der Nahe Osten scheint förmlich ins Chaos abzugleiten. Doch ist die Situation tatsächlich so prekär, gibt es keine Hoffnung auf Besserung? Um diese Fragen zu klären, muss man die Vorgeschichte der vielen aktuellen Auseinandersetzungen ergründen.

Arabischer Frühling: Unterdrückte Konflikte brechen auf

Die Proteste in Tunesien, Ägypten, Libyen, im Jemen, in Syrien und in Katar seit Ende 2010 drücken ein Erwachen des politischen Selbstbewusstseins vieler Bevölkerungen aus, in welchen jegliche politische Handlung bislang mit starker Hand unterbunden worden war – der arabische Frühling. Die Dynamik im Anschluss an diese Proteste riss die etablierten Unterdrückungsapparate hinfert und weckte viele Menschen aus ihrem Schlaf des politischen Fatalismus. Als viele EuropäerInnen und vor allem AmerikanerInnen schon vom Anbruch von säkularer Moderne, Demokratie und Frieden im Nahen Osten träumten, zeigte sich, welche Gräben und Konflikte sich in den Jahrzehnten der Repression in und zwischen den Bevölkerungen gebildet hat-

ten bzw. noch immer vorhanden waren: Stammesdenken unter der Oberfläche eines bürgerlichen Staates, religiöse Weltbilder unter säkularen Politikkonzepten oder innerislamisches Unbehagen zwischen Sunniten und Schiiten. Inmitten dieses Chaos hat sich die IS-Miliz als relevanter politischer und militärischer Akteur etabliert.

Iran kontra Saudi-Arabien

Auf regionaler Ebene entfaltet vor allem der Machtkampf zwischen dem Iran und Saudi-Arabien eine Konflikt-dynamik und einen Sog. Beide Staaten suchen sich als Regionalmächte zu profilieren und ordnen ihre Einfluss-sphären nach schiitischem (Iran) und sunnitischem (v.a. Saudi-Arabien und weitere Golfstaaten) Rückhalt. Um ihre Macht auszuweiten, unterstützen diese Staaten so genannte religiöse Milizen. Diese destabilisieren zunächst militärisch vor allem Syrien, den Irak, Libyen sowie den Jemen. Dadurch und durch intensive ideologische Propaganda konstruieren sie gleichzeitig religiöse Konflikte, die sie politisch weiter instrumentalisieren können. Die Rehabilitierung des Iran auf internationaler Ebene durch die Lösung des Atomstreits hat vor allem Saudi-Arabien nervös gemacht, weshalb unter anderem das sunnitische Militärbündnis im Rahmen der Arabischen Liga entstanden ist. Dies birgt weitere Gefahren.

Neben den Zuordnungen in die zwei Lager, die nicht unbedingt im Sinne des jeweiligen gesamtstaatlichen Allgemeinwohls sind, ist die ineffektive nationale Politik aber auch in einer hartnäckigen Tradition autokratischer und korrupter Politiker von Rabat und Algerien über Riad bis nach Baghdad begründet. Das hemmt die Volkswirtschaften zusätzlich, vergrößert soziale Missstände und schürt weitere Konflikte. Darin ähneln die Staaten des Nahen Ostens vielen anderen nach-kolonialen Ländern. Obwohl politisch wenig relevant, hat die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik durch ihre Strategie der Handelsliberalisierung die obigen Missstände noch weiter vergrößert.

Ein optimistischer Versuch

Die Ereignisse im Anschluss an den Arabischen Frühling haben zahlreiche schwelende Konflikte offen gelegt. Das bietet zumindest die Möglichkeit, Strategien für deren Überwindung zu formulieren. Wahrscheinlich hat der Arabische Frühling in den Köpfen vieler Menschen das Bewusstsein gestärkt, dass politische Empörung geäußert und damit auch tatsächlich etwas bewirkt werden kann.

Die teilweise gewalttätig ausgetragenen Auseinandersetzungen entlang der verschiedenen innerislamischen Konfessions- und Religionsgrenzen, aber auch gegenüber säkularen AraberInnen machen deutlich, dass ein Konzept für das Zusammenleben einer pluralistischen Gesellschaft gefunden werden muss – traditionelle unausgesprochene religiöse Toleranz ist mittlerweile erodiert. Nun hat das Modell des säkularen Staates nie seine Assoziationen mit westlichem Kolonialismus und Imperialismus überwunden, weshalb es wenig Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Dem Konzept des Zivilstaates (al-dawla al-madaniyya) haftet nicht der fahle westliche Beigeschmack an, und darüber findet zumindest eine lebhaft innerarabische Debatte statt. Dieses Konzept nennt den Islam als Fundament der Gesellschaftsordnung, deklariert diese aber auch gleichzeitig als eine zivile, die vom Recht getragen und durch den Willen des Volkes bestimmt ist. Damit genügt es dem islamischen Anspruch als einer öffentlichen Religion, erfüllt aber auch demokratische Erfordernisse, in der Pluralität und Diversität abgesichert sind.

Im Letzten hängen die Hoffnungen auf eine friedlichere Zukunft des Nahen Ostens aber wohl stark an einer entsprechenden Außenpolitik der Regional- und Weltmächte Iran, Saudi-Arabien, Türkei, USA und Russland. Hierbei ist der Bedarf an Optimismus sehr groß.

Maximilian Lakitsch,
Friedens- & Konfliktforscher,
Karl-Franzens-Universität Graz

Gespaltene Gesellschaft

Symptome – Szenen der Zerrissenheit

In den letzten Jahren mehren sich die Zeichen dafür, dass die Welt aus den Fugen gerät, die Bänder der zwischenmenschlichen Solidarität und Verständigung zerreißen. Es ist überall das gleiche: Massenarbeitslosigkeit, Armut und prekäre Beschäftigung stehen einer steigenden Zahl von Superreichen und einer wachsenden Vermögenskonzentration gegenüber. Während ganze Volkswirtschaften einbrechen und Staaten de facto Bankrott gehen, werden Riesenvermögen als Fluchtkapital in Steueroasen verschoben. Vormalig anerkannte Eliten und Institutionen, von den Parteien und der „politischen Klasse“ über Regierung und Parlament und Medien bis zur Kirche, verlieren an Vertrauen.

In den USA sind Republikaner und Demokraten, Congress und Präsident, Donald Trump und Hillary Clinton gespalten wie noch nie. Europa ist zerrissen – zwischen strikter Sparpolitik und mehr Ausgaben für Wachstumsimpulse, zwischen „Willkommenskultur“ und „Grenzen dicht“ in der Flüchtlingspolitik. Der Konflikt zwischen EU und Nationalstaaten eskaliert, ganze Länder sind gespalten zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen eines „Brexit“, „Nexit“ oder „Öxit“ usw. Ebenso bedrohten Terror, Anti-Terror-Notstandsgesetze und gewalttätige Fanausschreitungen das große Fest der Fußball-EM.

Auch in Österreich polarisiert sich das Klima zwischen Regierung und Fundamentalopposition, nimmt die Hetze gegen Schwache und Minderheiten – Frauen, Homosexuelle, Muslime, Flüchtlinge usw. – in Boulevardblättern und in den sozialen Medien zu. Bei den Präsidentschaftswahlen kommen die Kandidaten der Regierungsparteien gerade auf 10 % der Stimmen, und die Stichwahl endet mit einem Patt der Kandidaten der Oppositionsparteien, das Ergebnis wurde vom Wahlverlierer in Zweifel gezogen und erfolgreich angefochten. JournalistInnen und engagierte BürgerInnen, die es wagen, der Hetze und der Mei-

nung der selbsternannten Mehrheit entgegenzutreten, sehen sich mit einem „shitstorm“ von Hasspostings konfrontiert.

Man fühlt sich an die Legende von Turmbau zu Babylon erinnert: Die Welt, die den Turmbau ihrer technischen, wirtschaftlichen und politischen Projekte immer höher getrieben hat, entdeckt, dass der Turm ins Schwanken geraten ist, jede(r) in eine andere Richtung zieht, und eine(r) die Appelle und Zurufe der oder des Anderen nicht mehr verstehen kann oder will. Was ist da passiert?

Quellen der Gesellschaftsspaltung: Von der „sozialen Marktwirtschaft“ zum „Neoliberalismus“

Die beschriebenen Spannungen und Konflikte haben ihre Ursache in einer grundlegenden Neuordnung der Gesellschaft seit den 1980er-Jahren. Sie stehen in einem deutlichen Kontrast zur verhältnismäßig harmonischen, einvernehmlichen und friedlichen Entwicklung in den „goldenen 1960er- und 1970er-Jahren“. Diese verdankte sich einem gesellschaftlichen Arrangement, das auf einem parteiübergreifenden, SozialdemokratInnen, Christlich-Soziale und (Sozial-)Liberales einschließenden Konsensus beruhte: Die schrecklichen ökonomischen, sozialen und politischen Erfahrungen des ungezügelt „Manchesterkapitalismus“ und Nationalismus (Massenelend, „soziale Frage“, Bürger- und Völkerkriege der Vor- und Zwischenkriegszeit, Nationalsozialismus) sollten sich nicht wiederholen.

Daher wurden folgende Konsequenzen gezogen:

- Arbeits- und sozialrechtliche Zählung und politische Steuerung der Ökonomie durch geeignete Instrumente (Zölle, Wechselkurse, öffentliche Investitionen und Nachfrage, progressive Steuern etc.);
- Massendemokratie: Vereins- und Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht für Arbeiter und Frauen, Politik als Beruf statt Ehrenamt, Wettbewerb um Regierungsämter und parlamentarische und mediale Ausein-

dersetzung zwischen Regierung und Opposition etc.

- „Neokorporatismus“: Tarif-/Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, Kooperation der Verbände mit dem Staat.
- Wohlfahrtsstaat: Schaffung von solidarischen Einrichtungen, die allgemeine soziale Sicherheit und soziale Teilhabe gewährleisten.
- Inangriffnahme des Friedensprojekts Europa, um kriegerische Auseinandersetzungen auf diesem Kontinent ein für alle Mal zu vermeiden.

Dieses Arrangement war zwar keineswegs fehlerlos und auch nicht unumstritten, aber es erfüllte für einige Jahrzehnte seinen Zweck, soziale Ausschlüsse von Arbeit, sozialer Teilhabe und politischer Teilnahme und daraus resultierende Konflikte zu verhindern und dadurch einen breiten Grundkonsens und eine weitgehende Akzeptanz oder wenigstens Duldung der herrschenden Zustände sicherzustellen.

Ende der 1970er-Jahre wurden dann jedoch die Grenzen dieses Arrangements sichtbar: in Form von Engpässen im Bereich natürlicher Ressourcen („Ölschock“), Umweltzerstörung, wirtschaftlicher Stagnation und zunehmender Unzufriedenheit mit einer bloß repräsentativen Verteilungsdemokratie. Das ebnete, ausgehend vom Großbritannien M. Thatchers und den USA Ronald Reagans, den Weg für eine neoliberale Revolution der Gesellschaft:

- Globale Öffnung und Deregulierung der Märkte, weniger Staat, mehr privat – mit der Folge einer neuerlichen sozialen Entbettung der Wirtschaft und Entfesselung der Marktkräfte, die die Erwerbstätigen vereinzeln und zu ihrem Spielball machen.
- Postdemokratisierung: die formale Demokratie läuft weiter. Aber der Staat hat immer geringere Möglichkeiten, die entfesselten globalen Märkte politisch zu gestalten, und so entwickelt sich Demokratie zum bloßen Ritual, die sachliche Auseinandersetzung weicht dem Medienspektakel und die populistische Demagogie triumphiert.
- Die Bereitschaft zur „korporatistischen“ Kooperation und zum „sozial-

partnerschaftlichen“ Kompromiss schmelzen in den Hitzen des flexiblen Kapitalismus, der Gier nach maximalem „shareholder value“ und der knapp gewordenen Erwerbsarbeit dahin.

➔ Der soziale Leistungsstaat weicht dem „Wettbewerbsstaat“, der sich durch günstige Bedingungen für AnlegerInnen und InvestorInnen um Standortversicherung bemüht und die Rolle des „aktivierenden“ Antreibers der Bevölkerung im Leistungswettbewerb übernimmt.

➔ Das europäische Projekt wird als neoliberales Marktprojekt weitergeführt, in dem die einzelnen Mitgliedsstaaten den Ton angeben (Dominanz des europäischen Rates, also der „Länderkammer“ in der EU). Sie haben sich selbst zum ökonomischen Wettbewerb untereinander als oberstem Prinzip (Fiskalpakt, Pakt für Wettbewerbsfähigkeit) verpflichtet.

Dadurch ist neuerlich eine Atmosphäre der Entsicherung entstanden, in der sich Angst und Ressentiments breit machen, sowie der Rückzug in Gruppen vermeintlich Gleichartiger oder Gleichgesinnter (die eigenen Parteigänger, die GeschlechtsgenossInnen, die InländerInnen, die ChristInnen), Schuldzuweisung an Sündenböcke und eine Stimmung des „rette sich wer kann“, sei es auch auf Kosten anderer. Das Vertrauen in die politischen Eliten und in die Institutionen der Demokratie bricht zusammen.

Therapie – vorwärts in ein demokratisches und soziales Europa

Es liegt auf der Hand, dass die Lösung dieses Problems nicht rückwärts, im Nationalstaat, zu suchen ist, sondern nur vorwärts, in einem vertieften demokratischen und sozialen Europa, in dem die entfesselten Märkte neuer-

lich durch geeignete wirtschaftspolitische Interventionen stabilisiert, durch entsprechende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards politisch gezähmt werden, und in dem soziale Risiken und soziale Ungleichheiten durch entsprechende Sicherungssysteme und Leistungen ausgeglichen werden. Damit könnte wieder ein Klima der Sicherheit aufkommen, in dem sich Ängste und Ressentiments beruhigen, eine neue Gesprächsfähigkeit und Verständigungsbereitschaft über die Grenzen der jeweiligen Eigengruppe hinweg entstehen und letztlich auch neues Vertrauen in Institutionen und Eliten wachsen könnte.

Max Preglau,
Universitätsprofessor am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck im Schwerpunkt Sozialstrukturanalyse und Sozialpolitik

Workshop:

Der Nahe Osten, IS, Flüchtlinge ... und ich?

Gewaltfreie Standpunkte, Handlungsmöglichkeiten und Friedensstrategien in aktuellen Konflikten

Fr., 25. Nov. 2016, 10 bis 17.30 Uhr
im Besprechungsraum LinzKultur, Pfarrgasse 7, 4020 Linz

Referenten: Pete Hämmerle (Internationaler Versöhnungsbund) und Hannes Zucali (Pax Christi OÖ und EAPPI)

Anmeldung bis spätestens Mi., 16. Nov. unter pax.christi@dioezese-linz.at
Kosten: 30 Euro (ermäßigt: 15 Euro)

VeranstalterInnen: Pax Christi OÖ, Sozialreferat der Diözese Linz, Evangelisches Bildungswerk OÖ, Friedensinitiative der Stadt Linz, u.a.; mit Unterstützung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung

Was ist los im Nahen Osten?

Welche Perspektiven gibt es nach dem Arabischen Frühling?

Vortrag und Diskussion mit:

Gudrun Harrer, Journalistin und Nahostexpertin, leitende Redakteurin der Zeitung Der Standard

Fr., 25. November 2016, 19 bis 21 Uhr
Gemeinderatssitzungssaal, Altes Rathaus, Hauptplatz, 4040 Linz
Freier Eintritt



My home is my castle

Wohnen zwischen Notwendigkeit und Lebenstraum

Diskurscafé - Reden Sie mit!

Termin: Mi., 16. Nov. 2016, 19 Uhr
Ort: Willy*Fred, Graben 3, 4020 Linz

Diskutieren Sie mit den ImpulsgeberInnen zu folgenden Themen:

- ➔ **Alternative Wohnprojekte:**
Eine Vertreterin der Projektgruppe Willy*Fred, Linz
- ➔ **Wenn Wohnen prekär ist:**
Ernest Kaltenecker, ehem. Wohnungs-Stadtrat in Graz (KPÖ)
- ➔ **Wohnraum als Finanzanlage:**
Günther Haslinger, Bereichsleiter der Immobilienabteilung der Wohlfahrtskasse der Ärzte, OÖ
- ➔ **Gestaltungsspielräume von Raumplanung:**
Walter Werschmig, Raumplaner, Linz

Seelsorge für Bekenntnislose

„Athener, nach allem, was ich sehe, seid ihr besonders fromme Menschen. Denn als ich umherging und mir eure Heiligtümer ansah, fand ich auch einen Altar mit der Aufschrift: EINEM UNBEKANNTEN GOTT. Was ihr verehrt, ohne es zu kennen, das verkünde ich euch.“ (Apg 17,18-28)

Im Osten was Neues

Waren nach dem Krieg 1946 in der ehemaligen DDR (ohne Berlin) noch ca. 82 % der Bevölkerung Mitglieder der Evangelischen Kirche, 12 % der Katholischen Kirche und nur 6 % ohne eine Mitgliedschaft zu einer der Kirchen, so gehören heute 67 % keiner Kirche an, 26 % sind evangelische und 6 % katholische ChristInnen.

Trotz der geringen Zahl der Kirchenmitglieder in der Gesamtbevölkerung heute sind Fragen nach dem Sinn des Lebens, dem Religiösen und das Bedürfnis nach Ritualen auch weiterhin hier vorhanden, weil in einer immer komplexeren Welt nach Halt, auch unabhängig von Konfessionszugehörigkeit, gesucht wird.

Die Aussage eines Gesprächspartners, die mir immer wieder so oder ähnlich begegnet, lautet: „Glaube ist mir relativ wichtig. Damit meine ich nicht die Kirche und deren Religion, sondern den Glauben an bestimmte Werte, an bestimmte Ideale und dass man die erreichen kann und, dass es wohl doch mehr gibt als man uns heute vormacht. Ich kann schon glauben, dass da einer ist, den ihr Gott nennt.“

Solche Menschen, nach meiner Erfahrung die Mehrzahl, können kaum als AtheistInnen bezeichnet werden, eher sind sie Suchende im Meer der Sinnangebote nach dem Mehr. Dabei wird weniger die Kirche als Institution wahrgenommen, die bei der Suche nach möglichen Antworten helfen kann, wohl aber Seelsorgerinnen und Seelsorger, so mein Erleben in der Praxis als Krankenhauseelsorger. Ich erlebe ein starkes Suchen und auch ein Festhalten an Werten, die *wir* als christliche Werte ansehen, die aber nicht mehr unbedingt mit dem Christentum in Verbindung gebracht werden.

Kirche im Krankenhaus

Gerade in einem Krankenhaus sind Menschen oftmals ansprechbar und sprechen auch von sich aus die spirituelle Dimension ihres Lebens an. Dies versuchen wir aufzugreifen mit einem Angebot, das den Menschen in seiner ganzen Dimension sieht und zu verstehen versucht. Daher sehen wir auch das Krankenhaus als eigenständigen pastoralen Raum, als Kirche vor Ort. Auf dem Hintergrund dessen, was wir von den Menschen erfahren, haben wir eine Reihe von Angeboten entwickelt, die über die „normalen“ Angebote und die räumlichen Grenzen der Krankenhauseelsorge hinausgehen.

Regelmäßig fragen bei uns im Haus Menschen nach der Seelsorge. Es sind keine PatientInnen, Angehörige oder MitarbeiterInnen, sondern Menschen in Krisen, auf der Suche nach dem Sinn ihres Lebens. Sie haben die heute immer größer werdenden Pfarrgemeinden nicht gefunden. Im Internet finden sie Institutionen, aber keine SeelsorgerInnen, und darunter erscheint ihnen die Krankenhauseelsorge als am besten zugänglich. Wir haben uns dieser Anfrage gestellt und eine Seelsorgeambulanz bei uns eröffnet. Daraus sind viele Angebote erwachsen, die vom Gespräch und auch einer längeren Begleitung über eigene Gottesdienste und meditative Feiern für kirchlich nicht gebundene Menschen reichen. Das sind stark nachgefragte Angebote zur Babysegnung oder auch die Feier der Lebenswende für Jugendliche, die den Übergang vom Kind zum Jugendlichen feiern wollen. Das ist eine Alternative zur Jugendweihe, wie sie als Gegenbewegung der DDR zu Firmung und Konfirmation durchgeführt wurde und noch heute angeboten wird. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Jugendlichen, die jährlich dabei waren, von 20 auf 600 herangewachsen. Auch diese Feier wird durch das Krankenhaus getragen, sowie weitere offene Angebote.

Da schenken Menschen uns als Kirche viel Vertrauen und uns eröffnet sich die Chance, ihnen unsere Botschaft als etwas zu zeigen, was nicht ver-

staubt ist, sondern mit dem Heute zu tun hat. Auch in der Trauerarbeit und bei offen angebotenen Gedenkfeiern finden solche Menschen bei uns eine Heimat für ihre Bedürfnisse und Sehnsüchte. Ebenso im Gottesdienst mit Gott-LOSEN.

Wir sind Kirche – Volk Gottes unterwegs

Mit unseren Arbeitsansätzen verfolgen wir keine missionarische Intention, aber sie haben sehr wohl eine missionarische Dimension.

Die Menschen hier sind ungeheuer sensibel dafür, wenn sie vereinnahmt werden sollen. Das haben sie lange genug erlebt, und dagegen sind sie 1989 aufgestanden. Anders aber als im Westen Deutschlands haben sie bisher kaum Erfahrungen mit Kirche gemacht „Sie haben vergessen, dass sie Gott vergessen haben“, aber genau da liegt die Chance. Unsere Angebote schaffen Möglichkeiten Kontakt aufzunehmen und mal reinzuschnuppern, ohne sich festlegen zu müssen.

Manchmal wird davon gesprochen, dass es sich um „religiös Unmusikalische“ handelt. Ich stelle fest, dass das nicht stimmt. Niemand hat bisher mit ihnen die ihnen eigene Melodie geübt. Deshalb machen wir uns und unsere Räume auf, damit diese Menschen Raum und personales Angebot haben um ihre Melodie zu finden ... und es muss nicht unsere sein.

Das Krankenhaus kann so ein Ort sein, wir haben uns dafür entschieden. Diese Orte für Suchende, an denen sie nicht perfekt sein müssen, gibt es kaum noch in unserer Gesellschaft. Hier können wir Zeitgemeinden bilden und als Volk Gottes, das unterwegs ist, in Beziehung kommen mit denen, die wir auf dem Weg antreffen, an ihren Orten und sie einladen. Wir können ihnen Asyl bieten, wenn sie auf der Suche sind heraus aus den Krisengebieten der Krankheit, der Beziehungslosigkeit, den Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Reinhard Feuersträter
Krankenhauseelsorger in Halle/Saale

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - intere
e - int

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

I. Brodnig: Hass im Netz. Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können. Christian Brandstätter Verlag, Wien 2016, 230 Seiten. € 17,90

Verschiedenen Pressemeldungen kann man entnehmen, dass in den sozialen Netzwerken Falschmeldungen, Lügen, Hasstiraden, Verleumdungen deutlich zunehmen. Allgemein wird dafür die niedrige Hemmschwelle im Internet verantwortliche gemacht, da die Face-to-Face-Kommunikation wegfällt. Nach einer Typologie problematischer InternetnutzerInnen und den Motiven für dieses Verhalten (Hass als Instrument, falsch verstandene Meinungsfreiheit) führt die Autorin eine ganze Reihe von Gegenmaßnahmen an: Juristische Schritte; mit Humor und Schmäh antworten; bereits beim Profil gewisse Anstandsregeln vorgeben; usw. Gerade wegen dieser Vorschläge hat dieses Buch eine hohe Praxistauglichkeit und ist darüber hinaus leicht zu lesen.

L. Sutter Rehmann: Wut im Bauch. Hunger im Neuen Testament. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2014, 464 Seiten. € 39,99

Inhalt dieses Buches ist eine Theologie der Hungrigen in der Bibel. Es geht um das Verständnis für Wut als Reaktion auf Hunger. Es läuft etwas falsch und dagegen muss etwas unternommen werden. Wie weit reicht die verändernde Kraft der Schrift? Biblische Erzähltexte berichten vom langsamen Anstieg der Not, die zum Hunger führte. Auffallend ist die Wut von Jesus und Johannes, die die Massen ansprach, die auf die erlittene Not aufmerksam machte. Jesus versuchte die Wut durch Solidarität zu kanalisieren. Durch diesen Fokus „Hunger“ werden wir zu einer anderen Lesart von bekannten Texten herangeführt. Die Texte sind vorwiegend aus dem Markus- und Lukasevangelium sowie der Apostel-

geschichte. Ein nicht nur für TheologInnen anregendes Buch, sondern auch für interessierte LaiInnen.

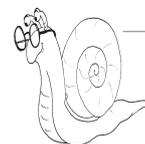
H. Holzinger: Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands. oekom-Verlag, München 2016, 230 Seiten. € 18,95

Gutes Leben für alle kann gelingen, wenn in der Gesellschaft Einigkeit über Ziele und Inhalte der Wirtschaft und der Politik herrscht. Holzinger führt aus, dass zuerst die Grundbedürfnisse (Freiheit, Nahrung, soziale Sicherheit) gedeckt sein müssen. Dazu ist Teilen notwendig, d.h. aber auch für niemanden ein Zuviel. Weiters werden verschiedene Wege des Wohlstands skizziert: Güter-, Ernährungs-, Zeit-, Tätigkeits-, Orts-, Beziehungs-, Bildungs- und Demokratiewohlstand. Abgerundet wird dieses Plädoyer durch Wege, die jeder einzelne beschreiten kann, um das Ziel des „Neuen Wohlstands des Genug“ zu erreichen.

G. Chondros: Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas. Der Propagandakrieg gegen Syriza. Westend Verlag, Frankfurt 2015, 236 Seiten. € 17,50

Chondros ist Mitglied im Zentralkomitee von Syriza und damit authentischer Zeuge, was in den Verhandlungen Griechenlands mit der EU besprochen wurde. Er berichtet auch über den aus seiner Sicht von deutschen Medien geführten Krieg gegen Griechenland. Die Krise des Kapitalismus wurde in eine Krise in Griechenland uminterpretiert und dazu zahlreiche Mythen erfunden („über die Verhältnisse gelebt“, „überbordende Bürokratie“ usw.). Der eigentliche Gewinner aus der Griechenland-Krise ist Deutschland. Aus seiner Sicht wurden neue Kredite nur gewährt, um alte Schulden zu tilgen und damit vor allem deutsche Banken zu retten – nicht dazu, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, was eine humanitäre Katastrophe in Griechenland auslöste. Chondros berichtet auch über den Aufstieg der Linken und im speziellen von Syriza, die er als Zukunftsmodell für die Zukunft Europas sieht. Eine zwar nicht objektive, aber für eine gerechte Beurteilung der Lage notwendige Einschätzung.

Businessidee Schmuckdiktatur



Da haben wir den Salat, angerichtet vom Verfassungsgericht: Wahlwiederholung! Essig ist's mit dem Frieden. Die Sehnsucht nach dem starken Mann, der Wunder verspricht, ist wohl zu groß. Sie kennen mich mittlerweile als wohlmeinende Ideenschleuder. Hier kommt mein nächster Weltrettungsvorschlag! Wenn das Volk nun so viel Angst hat und nach autoritärer Führung lechzt, warum ihm dann nicht eine Diktatur schenken? Denken Sie nicht gleich an Hitler oder Stalin, denken Sie zeitgemäß, think business! So eine konstruierte Despotie ließe sich nämlich touristisch prachtvoll nutzen. Theatralisch ausgelebte Monarchien sind sehr beliebt. Ich verfüge selbst über Sisi-und-Franz-Würzstreuer sowie britische Plastik-Kronjuwelen, ein großer Spaß bei Geselligkeiten. Zum anderen wissen die Weltreise-Snobs schon nicht mehr, wo sie nach Tschernobyl oder Mordkorea (bleibender Tippfehler) noch exklusiv hinreisen können.

Errichten wir also ein Despotie-Disneyland, eine Schmuckdiktatur! Das geht ganz leicht. Umkränzen wir ein Areal (Pinkafeld? Braunau? Hermagor?) mit einer „baulichen Maßnahme“ und setzen einen Tyrannen-Darsteller mit bunten Persönlichkeitsstörungen hinein. So wie sich Bokassa als 13. Apostel oder Gaddafi als Wüsten-Michael-Jackson inszenieren ließen. Schnell werden alle hinwollen! Die Einreise muss künstlich erschwert, aber möglich sein. Wenn sich sonst niemand findet, spiele ich in Gott's Naum die durchgeknallte Herrscherin. Ich würde etwa die Errichtung meines gigantischen Mausoleums in Mostdipf-Form befehlen.

Am Abend, wenn die TouristInnen wieder ausgeflogen sind, öffnen wir die Zauntüren, laden einander zum nachbarschaftlichen Grillen (mit Salat) und lachen über unseren pffiffigen Schwindel, dass uns die Bäume wackeln. Alles wird gut!

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter
0 - inter

TERMINE

Adelante – Bio-Fairer Kaffee aus Frauenhand

Jede Tasse zählt! Kaffeekultur vom Ursprung bis zum Genuss.

Mo., 19. Sep. 2016, 18 Uhr, Botanischer Garten, 4020 Linz, Roseggerstraße 20

Vortrag mit Führung durch die Ausstellung und Kaffeeverkostung

Monika Weilguni, kfb öö und Marlene Groß, Südwind ÖÖ

Kosten: € 7,- (inklusive Eintritt in den Botanischen Garten)

Sozialstammtisch

„Alterssicherung im Zeichen von Solidarität und Gerechtigkeit“

Di., 20. Sep. 2016, 19 Uhr, mit Gesundheitsminister Alois Stöger
Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

FLÄCHENBRAND.

Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat

Mo., 26. Sep. 2016, 20 Uhr, Vortrag in der Arbeiterkammer, Ried im Innkreis von Karin Leukefeld, Journalistin und Autorin,

Info/Anmeldung: Bildungszentrum St. Franziskus, (07752) 827 42 oder franziskus@dioezese-linz.at

Ausstellung:

Fairer Handel statt Hilfe

Ausstellungseröffnung im Rahmen des Franziskusgottesdienstes am 4. Okt.

um 19 Uhr ; anschließend geöffnet bis 31. Okt. 2016 von Mo. bis Fr., 8.30 bis 12 Uhr und 14 bis 16 Uhr

Bildungszentrum St. Franziskus, Ried

Welt im Wandel

(Über-)Lebensstrategien für das neue Jahrtausend

Vortrag: Do., 6. Okt. 2016, 19 Uhr,

Bildungszentrum St. Franziskus, Ried

Workshop: Do., 13. Okt. 2016,

18 bis 22 Uhr

Referent: Tobias Plettenbacher,

Info/Anmeldung: Siehe oben.

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Mi., 19. Okt. 2016, 18 bis 21.30 Uhr

Bildungszentrum St. Franziskus, Ried,

mit Angelika Gumpenberger-E.,

Sozialreferat der Diözese Linz

Info/Anmeldung: Siehe oben.

Europa im Umbruch

Festung oder Wertegemeinschaft?

Tag der Weiterbildung des EB-Forum

OÖ, Do., 20. Okt. 2016, 16 bis 19 Uhr,

Offenes Kulturhaus Linz, Mediendeck,

mit Petra Ramsauer: „Der Syrien-Konflikt als Zeitenwende“ und Paul M.

Zulehner: „Entängstigt euch!“

Anmeldung bis 12. Okt. 2016: (0732)

666 001; office@vhs-verband-ooe.at

Mit allen Geschöpfen verbunden

Schöpfungsverantwortung als Kernaufgabe der christlichen Sendung

Sa., 29. Okt. 2016, 9 bis 17 Uhr,

Bildungszentrum St. Franziskus, Ried

Leitung: Prof. Michael Rosenberger

Kursgebühr: € 50,-

Info/Anmeldung: Siehe oben.

Wie viel ist genug?

Mehr macht nicht glücklicher.

Fr., 11. Nov. 2016, 19.30 Uhr

Bildungszentrum St. Franziskus, Ried

Vortrag: Martin und Miriam Wintereder, Umweltberater bzw Studentin

Eintritt: € 7,-

Info/Anmeldung: Siehe oben.

My home is my castle.

Diskurscafé zum Thema Wohnen

Mi., 16. Nov. 2016, Willy*Fred, Linz

Näheres auf Seite 5.

Herzklopfn

Ein Abend mit den Poxrucker Sisters mit Liedern und mehr zur BarmHERZigkeit; Sa., 19. Nov. 2016, 20 bis 21.30

Uhr, Linzer Mariendom

Eintritt frei

Der Nahe Osten

Fr., 25. Nov. 2016, Linz

10 Uhr: Workshop mit Pete Hämmerle und Hannes Zucali

19 Uhr: Vortrag von Gudrun Harrer

Näheres auf Seite 5.

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Sa., 26. Nov. 2016, 9 bis 12 Uhr,

Treffpunkt Dominikanerhaus Steyr,

Grünmarkt 1, mit Angelika Gumpenberger-E., Sozialreferat Diözese Linz

Info/Anmeldung: (07252) 454 00

Prag:

Sozial- und Begegnungsreise Mi., 5. Okt. bis So., 9. Okt. 2016

Kultur – Begegnung – Religion – Genuss – Politik und Soziales.

Reiseprogramm und Anmeldung: www.weltanschauen.at

Reisepreis ca. € 600,- inkl. Bahnfahrten, Begegnungen, Führungen, Slow-Food-Halbpension.

Reiseleitung: *Christoph Mülleder, Blanka Zvrkova*

Bildungsreise des Sozialreferates und des Bildungshauses Schloss Puchberg. Gefördert von der ögfpb



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Severin Renoldner,
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau
Erscheinungsort Linz, P.b.b. GZ 02Z031665 M

Katholische Kirche
in Oberösterreich